



## **Medieninformation**

IG Metall Bezirk Frankfurt

13. April 2011  
Nr. 19/2011

### **Soziale Mindeststandards bei Fördermitteln**

## **IG Metall fordert Zeitenwende in der Leiharbeit**

**Frankfurt.** Die IG Metall im Bezirk Frankfurt, zuständig für Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Thüringen, fordert Arbeitgeber und Politik auf, Rahmenbedingungen für eine faire Leiharbeit zu setzen.

Der anhaltend rasante Zuwachs der Leiharbeit belege, dass Leiharbeit auch gerade nach der Wirtschaftskrise in vielen Fällen missbraucht werde, um reguläre Jobs zu verdrängen. Nutznießer seien Verleih- und Entleihunternehmen. Ihre Extragewinne würden nicht nur von Leiharbeitern, sondern auch von den Steuerzahlern aufgebracht, weil sie zum einen Fördermittel des Staates in Anspruch nehmen und zum anderen einen Niedriglohnsektor etablierten, in dem viele Menschen ergänzende Sozialhilfen antragen müssten.

Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, forderte die übrigen Bundesländer auf, dem Beispiel Thüringens zu folgen. "Wir wollen, dass das Thüringer Modell nicht auf ein Bundesland beschränkt bleibt. Ich fordere deshalb die Regierungen der übrigen Bundesländer auf, dem Vorbild Thüringens zu folgen und auch ihre Regeln für die Wirtschaftsförderung so anzupassen, dass die Förderung von Betrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen an die Begrenzung von Leiharbeit gekoppelt werden", sagte Huber.

„Mit der Änderung der Investitionsförderung wollen wir in Thüringen gute Arbeit fördern, reguläre Beschäftigung schaffen, Leiharbeit begrenzen und Anreize geben, Leiharbeitnehmer dauerhaft in die Stammbeschäftigten zu übernehmen“, sagte der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig. Die Förderung prekärer Beschäftigung aus Mitteln des Steuerzahlers werde damit ausgeschlossen.

Der Missbrauch der Leiharbeit habe in den letzten Jahren zu Dumpinglöhnen und zur Verunsicherung der Belegschaften geführt. „Das schadet einem modernen und innovativen Wirtschaftsstandort“, so der Minister. „Wer Fachkräfte gewinnen und als Unternehmen erfolgreich sein will, muss dafür sorgen, dass gute Arbeit und faire Löhne die Regel sind. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland. Gerade hier müssen wir die Abwanderung insbesondere junger Fachkräfte verhindern.“

IG Metall Bezirksleiter Armin Schild forderte die Arbeitgeber und Landesregierungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland auf, dem Beispiel Thüringens zu folgen und nicht länger Fördermittel an Firmen zu zahlen, in denen Niedriglöhne gezahlt würden. „Zuerst bekommen sie Fördermittel vom Staat für Investitionen und dann bekommen Leiharbeiter Geld von Staat, weil ihr Lohn nicht ausreicht und sie aufstocken müssen. Wir brauchen soziale Mindeststandards für Fördermittel und gerechte Löhne“, sagte Schild am Mittwoch in Frankfurt.

Schild kündigte an, dass die IG Metall in den kommenden Wochen sich für so genannten Besservereinbarungen in den Betrieben stark machen werde. Bisher gibt es im IG Metall Bezirk etwa 100 Besservereinbarungen. Nun gelte es mit den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeit, aber auch denen der Metall- und Elektroindustrie tarifliche Vereinbarungen zu treffen, die eine Besserstellung in der Fläche garantierten.

**IG Metall Bezirk Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen  
Presse, Medien, Kommunikation**

[bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de](mailto:bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de)

<http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de>

Tel.: 069-6693-3303 /mobil: 0170-3333-667

Verantwortlich: Jörg Köhlinger